



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 33

Fernschreiber 0886990

P/KIII/78 - 3. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Schock im Norden Drohende Entfremdung zwischen Bundesrepublik und Skandinavien	59
3 - 4	Hintergründe des Pineau-Besuchs in Bonn Bonner Unterstützung für Pariser Algerien-Politik geachtet	64
5 - 6	Beim Passieren der Grenze Gedanken eines Steuerzahlers Von H.G. Ritzel, MdB.	62
7	Todesurteil in Ungarn Zum Protest aufgerufen	35
8	Die sprachlichen Missverständnisse des Herrn Strauss Wirrwarr um ein Strauss-Interview	45
9	Nachspiel zum Warschauer Aufstand Leserzuschrift führt zu einem Prozess	52

* * * * *

* *

Schock im Norden

na.- Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, dass die von der Bundesregierung jetzt eingeleitete Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und Raketen in den skandinavischen Metropolen Kopenhagen, Stockholm, Oslo, Helsinki und Reykjavik wie ein Schock gewirkt hat. Es ist bekannt, dass die NATO-Mitglieder Dänemark, Norwegen und Island diese Waffen strikt ablehnen und den Defensivcharakter der NATO betont unterstreichen, während das im Norden "stabilisierende" Schweden auch deshalb hart an seiner Neutralität festhält, um den Finnen auch für die Zukunft den sehr gross gewordenen eigenen Spielraum am Rande Russlands zu sichern. Aber durch den Bonner "Atom- und Raketen-Beschluss" ist auch eine neue "schweigende Entspannungsoffensive" mit einer befriedeten Ostsee als Hauptziel und einer weltweiten Entspannung als Fernziel schwer geschädigt worden.

Hinter den verschlossenen Türen der ohnehin so schweigsamen Außenministerien im Norden wird in diesen Wochen grosse Politik gemacht. Man muss die vorsichtige und zurückhaltende Sprache der skandinavischen Politiker deuten, um ein Kommuniqué der nordischen Außenminister zu begreifen, das kaum besetzt Mitte März vor der Moskau-Reise des UN-Generalsekretärs Hammarskjöld, dem früheren schwedischen Staatssekretär veröffentlicht wurde. Die fünf nordischen Staaten erklärten sich nämlich darin bereit - und zwar unter Einschluss der drei NATO-Staaten Dänemark, Norwegen und Island - alle "realistischen Versuche zu unterstützen, damit konkrete Ergebnisse bei der Verminderung konventioneller Streitkräfte, der Einstellung der Kernwaffenproduktion und der etappenweisen regionalen Abrüstungsmaßnahmen auf Grund vornehmlicher Länder erreicht werden können". Das ist nichts anderes, als eine Unterstützung der Moskau-Mission von Hammarskjöld und des Rapackiplanes zugleich.

Das moralische Gewicht der im Norden jetzt zusammengeschlossenen Staaten für Entspannung, Abrüstung und Frieden ist auch deshalb

so gross, weil sich das mit Russland verbündete Finnland, das neutrale Schweden und die in der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft stehenden Dänen, Isländer und Norweger immer enger zusammengefunden haben. Das beinhaltet aber zugleich, dass man auf der bevorstehenden NATO-Konferenz, die Anfang Mai in Kopenhagen stattfinden und über Atomwaffen und Raketen beschliessen soll, mit einem verstärkten Gewicht der drei nordischen NATO-Partner rechnen muss. Berichte der diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik in Norden sind auch bereits in Bonn eingegangen; jedoch kann bei der gegenwärtigen Halsstarrigkeit der Bundesregierung wohl nicht damit gerechnet werden, die Entspannungsoffensive in Norden zu unterstützen, was auf eine weitere Entfremdung vor allem in der Militärpolitik zwischen Bonn einerseits und Kopenhagen, sowie Oslo andererseits hinauslaufen könnte.

Jedemfalls sollte es zu denken geben, dass man sich in Norden dagegen gewehrt hat, den bisherigen Oberbefehlshaber des NATO-Bereiches Nord, den britischen General Sudgen, in Oslo durch einen deutschen Befehlshaber ablösen zu lassen. Entgegen den Bonner Bestrebungen hat General Wurstaß den britischen Korpsgeneral Murray für Anfang Juli nach Oslo befohlen. Nach dem Abzug der dänischen Brigade aus Schleswig-Holstein, das zur NATO-Region Nord der Dänen, Norweger und Isländer gehört, verstärkt sich im Norden auch der öffentliche Druck gegen eine Umorganisation der militärischen Befehlsstruktur, die eine Stationierung von Einheiten der Bundesmarine in Südnorwegen und Dänemark, eine Aufnahme westdeutscher Staatsoffiziere in Oslo und eine Evakuierungsplanung für die deutsche Zivilbevölkerung in Dänemark beinhaltet. Es ist offensichtlich: Ganz Skandinavien unterstützt die Entspannungspolitik und distanziert sich von der mit Atombomben und Raketen spezialisierten Bundeswehr.

+ + +

Stimme aus Japan

"Im Zusammenhang mit der Gipfelkonferenz wird der Entscheid, den man als einen Versuch des Westens interpretieren kann, die Russen mit dem fait accompli der westdeutschen Nuklearufrüstung einzuschüchtern kaum zu einer schnellen Lösung des Wiedervereinigungsproblems beitragen. Wenn nun in Europa ein atomares Wettrüsten beginnt, so ist damit auch die Gefahr eines neuen Atomkrieges gewachsen; wir befürchten, dass sich die Situation sehr schnell verschlechtern könnte, und zwar auf eine Weise, welche die westdeutsche Regierung nicht vorausgesehen hat. Wir hoffen, dass die Bundesrepublik alle weiteren Schritte sehr sorgfältig abwägt".

Aus "Yomiuri Japan News"

+ + +

Hintergründe des Pineau-Besuchs in Bonn

s.- Frankreichs Außenminister Pineau versuchte während seines Bonner Elitizesuchs die Unterstützung Adenauers für die bevorstehenden Algerien-Beratungen des NATO-Rats zu finden, verleitet von französischer Seite. Treffen die französischen Informationen über den Verlauf des Gesprächs zwischen Adenauer und Pineau zu, ist die Gipfelkonferenz überhaupt nur ein Vorwand für Pineau gewesen, um Bonn aufzusuchen und hier das Algerien-Problem besprechen zu können.

Die französische Auffassung über den Charakter des Algerien-Konflikts hat sich in letzter Zeit gewandelt. Paris, das den nordafrikanischen Krieg als "innerfranzösische Befriedigungsaktion" bezeichnete, betont jetzt plötzlich - wie Pineau in der letzten Pressekonferenz vor der Reise nach Bonn - den "internationalen Aspekt" des Konflikts. Offenbar wird Frankreich die Last des Algerien-Krieges zu schwer. Vermittler sind zugelassen worden, die UNO befaßt sich mit dem Problem und es hat den Anschein, als ob die französische Regierung die Vermittlung in gewisser Weise, wenn auch überaus zurückhaltend, fördert. Zugleich ist sie nun entschlossen, die Alger-Frage vor den NATO-Rat zu bringen, angeblich, weil der nordafrikanische Aderlass "eine strategische Bedrohung" des NATO-Bündnisses sei.

Tatsächlich hat der Algerien-Konflikt die französischen Truppen auf dem Kontinent dezimiert, der französische Militärhaushalt ist einseitig auf die algerischen Bedürfnisse zugeschnitten und gefährdet überdies die Stabilität der französischen Staatsfinanzen. Insofern kann auch der NATO-Rat sich für dieses Problem interessieren. Nur haben die Franzosen ihm, im Spiel und Gegenspiel der Vermittlung, offenbar eine besondere Rolle zugesprochen. Pineau sagt, der Angriff auf die französische Position in Nordafrika sei ein Angriff auf die "Freie Welt". Diese Formel möchte er im NATO-Rat durchsetzen, damit sich der Rat, die in gewisser Weise allmächtige Institution, gegenüber den Vermittlern der Vereinten Nationen zum Verteidiger der französischen Ansprüche aufwirft. Das würde wohl Frankreichs faktische Position in den Algerien-Verhandlungen hinter den Kulissen verbessern - aber wohin würde ein solches Votum führen?

Der Algerien-Krieg ist kein Angriff auf den "Freien Westen", er ist

ein ungerechter Kolonialkrieg, weil den Algeriern das Selbstbestimmungsrecht mit Waffen gewalt verweigert wird. Diese französische Position ist unhaltbar und es ist absolut sicher, dass Frankreich diesen Krieg, wenn es ihn in der bisherigen Form fortsetzt, eines Tages verlieren wird. Davon sollte man den Bundesgenossen, wenn man es vermag, bewahren. Und wenn es die NATO kann, sollte sie es tun. Aber niemals darf es einen geballten Einsatz der westlichen Machtmittel geben, um mit Gewalt der Auseinandersetzung ein Ende zu bereiten. Auch wären alle diplomatischen Vorschläge töricht, in denen der Westen praktisch auf die Seite Frankreichs tritt.

Aussenminister Pinieau, so heisst es, habe versucht, eine Bonner Zustimmung zu derartigen diplomatischen Vorschlägen zu erreichen. Sicher ist die Darstellung unrichtig, dass der Bundeskanzler einem solchen Vorschlag zugestimmt haben soll. Soweit von deutscher Seite überhaupt etwas zu diesem Thema zu hören war, wurde lediglich gesagt, Bonn sei einverstanden, dass das Problem im NATO-Rat erörtert werde. Aber es besteht Anlass, Bonn und die anderen NATO-Regierungen zu warnen: Nach dem Suez-Abenteuer der Engländer und Franzosen würde die NATO den letzten Kredit in den Ländern des Nahen Ostens und jede Glaubwürdigkeit als Verteidiger in einer Lebensordnung nach den Grundsätzen der Vereinten Nationen verlieren, wenn sie sich auf die Verteidigung der französischen Kolonial-Interessen in Nord-Afrika festlegen liesse.

Dies ist der Augenblick, in dem zum ersten Mal mit Aussicht auf einen bescheidenen Erfolg Vermittlungsversuche unternommen werden können. Wenn sich der "Westen" mit den französischen Ansprüchen gegenüber Algerien identifiziert, wird jede Aussicht auf eine gerechte Vermittlung zerstört. Ausserdem würden zweifellos alle Vermittlungsvorschläge scheitern, die in irgendeiner Form die heutige französische Position in Algerien aufrecht zu erhalten trachten. Wollen die Westmächte dann mit Waffengewalt ihre Vermittlungsvorschläge durchsetzen, nur um ihr Ansehen nicht zu verlieren?

+ + +

Beim Passieren der Grenze

Von H.G. Ritzel - MdB.

Die Passpflicht ist abgebeut, es genügt eine Kennkarte. Wenn man im Schnellzug die Grenze passiert, kommt neben den Vertretern des zu besuchenden Staates ein deutscher Zöllner und erkundigt sich, ob man nicht auszuführen habe. Dann kommt ein Beamter in einer netten blauen Uniform und fragt nach dem Pass. Wenn man darauf hinweist, dass keine Passpflicht mehr besteht, begnügt sich der Beamte auch mit einer Kennkarte. Er wirft einen flüchtigen Blick auf sie, gibt sie mit höflichem Dank zurück und geht zum nächsten Reisenden. Dieser Beamte ist ein Angehöriger des Bundespasskontrolldienstes, er gehört zum Bundesgrenzschutz.

Der Bundesgrenzschutz ist eine Einrichtung der Bundesrepublik Deutschland und untersteht dem Bundesinnenminister. Nicht alle Bundestagsabgeordneten waren der Meinung, dass die Bundesrepublik Deutschland eines Bundesgrenzschutzes bedürfe. Seine nominelle Stärke ist auf 20 000 Mann festgesetzt, von denen etwa 2 000 Mann je nach Bedarf zum Bundespasskontrolldienst abgeordnet werden können. Zwar haben die Länder Bereitschaftspolizeien, die Stärke des polizeilichen Einzeldienstes im Bundesgebiet beträgt heute 100 000 Mann. Zwar ist die Passkontrolle praktisch zu einer überflüssigen Angelegenheit geworden, wenn man Europa bejaht, aber noch immer gibt es heftige Verfechter der Meinung, der Bundespasskontrolldienst müsse bestehen bleiben.

Gewiss, man gibt zu, dass an den meisten Grenzstellen gar keine Aufgaben des Passkontrolldienstes bestehen und an vielen Grenzstellen die Kontrolle der Kennkarten durch die Zöllner, wie sie es auch Jahrzehnte hindurch besorgt haben, ausgeübt werden könne, aber gleichwohl wird darauf bestanden, dass, nachdem der deutsche Zöllner gefragt hat, ob man etwas Verzollbares bei sich führe, ein anderer Beamter nach den Ausweisen fragen müsse. Vielleicht sind manche Leute in der hohen Bürokratie der Auffassung, es wäre zuviel verlangt, wenn der Zöllner nicht nur die Zollkontrolle ausübe, sondern auch noch nach den Pässen oder Kennkarten fragen muss. Die Zöllner jedenfalls sind der Meinung, dass sie diese Belastung noch auf sich nehmen könnten, während der Passkon-

trolldienst des Bundesgrenzschutzes offensichtlich nicht der Auffassung i. t., dass er sich Zolldienstaufgaben auf sich nehmen kann.

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält ein Heer von Beamten. Kein Wort gegen die Tatsache an sich, der Staatsbürger verlangt die Betreuung von der "Wiege bis zum Grabe. Das geht nun einmal nicht ohne öffentliche Beamte, aber der Staatsbürger ist auch Steuerzahler und als solcher macht er sich Gedanken darüber, ob es nicht zweckmässig sei, zu prüfen, welche Vereinfachungsmaßnahmen stattfinden könnten, um nun endlich die Kosten für einen besonderen Bundespasskontrolldienst zu sparen. Und wenn der geliebte Steuerzahler mit anderen Steuerzahlern spricht, dann kommt diese Interessengemeinschaft der Steuerzahler rasch zu der Auffassung, dass sich hier eine echte Sparmöglichkeit anbietet. Man möchte hoffen, dass der Deutsche Bundestag und seine Ausschüsse anlässlich der kommenden Beratung des Bundeshaushaltes für 1958 sich dieser Sparmöglichkeit erinnern. Die heutigen Passkontrollleute brauchen deshalb nicht steampeln zu gehen, zunächst gehören sie dem Bundesgrenzschutz an, einer militärischen Polizei, die eine Art Privatarmee des Bundesinnenministers darstellt.

Vielleicht wird es Herrn Strauss zum wiederholten Male nützlich sein, zur Aufklärung seines Abstandes zum Bundesgrenzschutz zurückzugreifen. Vielleicht wird Bundesfinanzminister Dr. Daxel gerne tüchtige Beamte aus dem Bundespasskontrolldienst, die ja als Zuschauer auch etwas von der Ausübung der Pflichten des Grenzöllners verstehen, als Ölliner verwenden. Wer sich im Passkontrolldienst bewährt hat, wird sich auch anderswo bewähren und er wird dort bessere Chancen des Vorwärtsschritts haben als im Bundespasskontrolldienst. Der Steuerzahler aber wird sich freuen, wenn die Formalitäten an der Grenze vereinfacht und damit verbilligt werden.

+ + +

An unsere Bezahler: Unsere nächste Ausgabe erscheint am Dienstag, den 8. April. Wir wünschen allen unseren Freunden und Beziehern ein frohes Osterfest.

Die Redaktion

Todesurteil in Ungarn

Ungarische Sozialdemokraten haben der Sozialistischen Internationale einen Aufruf übermittelt, der ihnen aus Ungarn zugesandt wurde. Darin werden die sozialdemokratischen Parteien dringend aufgefordert, das Leben von Josef Kovacs zu retten, der während der Oktober-Revolution stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Arbeiterrats in Szeged war und am 28. Februar 1958 zum Tode verurteilt wurde.

Szeged liegt an der Grenze von Ungarn und Jugoslawien. Zur Zeit der Revolution war Josef Kovacs in der landwirtschaftlichen Genossenschaft als Buchhalter tätig, für die er kurz nach seiner Entlassung aus fünfjähriger Gefangenschaft unter dem Rakosi-Regime als Traktorführer arbeitete. Durch körperliche Misshandlung in Gefängnis erlitt er schwere Sehstörungen.

Während der Oktoberereignisse hielt der revolutionäre Arbeiterrat Sicherheit und Ordnung in Szeged aufrecht. Dies war Josef Kovacs Verdienst. Alle Funktionäre der AVH (der kommunistischen Gestapo) und der kommunistischen Partei in Szeged wurden in Haft genommen, um sie vor dem Volk zu schützen. Die einzigen Todesfälle in Szeged waren zwei Personen, die am 25. Oktober von der AVH auf der Straße erschossen wurden.

Josef Kovacs verhinderte Auswüchse, und in Szeged wurden keine Anklagen gegen Kommunisten und nicht einmal gegen AVH-Funktionäre erhoben. Es war beabsichtigt, die Prozesse zu verschieben, bis das unabhängige ungarische Gericht seine Tätigkeit aufnahm.

Im Frühjahr wurde Josef Kovacs gleichzeitig mit dem Vorsitzenden, Dr. Josef Perbire, der als einer der bekanntesten Rechtsgelehrten und Rechtsprofessoren Ungarns gilt, verhaftet. Es wurden ferner sieben Mitglieder des Revolutionären Arbeiterrats verhaftet. Die Gerichtsverhandlung fand erst ein Jahr später statt, im Februar 1958. Dr. Perbire wurde zu 15 Jahren Gefängnis und Josef Kovacs zum Tode verurteilt. Über die Urteile in den anderen Fällen ist nichts bekannt.

Die ungarischen Sozialdemokraten richteten die Bitte an die Sozialistische Internationale, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um Josef Kovacs das Leben zu retten, da die Menschen in Ungarn keine Möglichkeit haben, selbst zu bitten. Sie vertrauen auf den Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit der Sozialisten und Demokraten, wo immer sie die Möglichkeit haben, gegen ihren Mißbrauch zu protestieren.

+ + +

Die sprachlichen Missverständnisse des Herrn Strauss

sp - Das Interview des Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauss mit dem bekannten Labour-Abgeordneten Crossmann hat viel Staub aufgewirbelt. Es wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die widerspruchsvolle Rüstungspolitik der Bundesregierung. Strauss soll nach diesem Interview erklärt haben, er könne zwar garantieren, dass es keine deutschen Atomwaffen für drei, vier oder sogar fünf Jahre geben werde, danach aber könne Deutschland auch "mit herangezogen werden", wenn andere Nationen - insbesondere die Franzosen - ihre eigenen Wasserstoffbomben herstellten. Diese schockierende Ankündigung verband Strauss mit der Erklärung, die Bundesregierung denke weder jetzt noch für die Zukunft daran, sich finanziell und technisch an der Produktion von Atomwaffen in Frankreich oder in einem anderen Lande zu beteiligen, da Frankreich nach der Kriege künstlich in eine sogenannte Grossmacht entwickelt worden ist. Wohl erschreckt durch das ungeheuerere Aufsehen, das das Strauss-Interview im In- und Ausland erregte, sah sich das Bundesverteidigungsministerium zu einem gewundenen Dementi genötigt. Es führt alles auf "sprachliche" Missverständnisse zurück. Nur ist Crossmann ein sprachbegabter Mann, er beherrscht Deutsch perfekt und er bleibt dabei, dass die Wiedergabe des Interviews den Bemerkungen Strauss' völlig entspricht. Kein Zweifel kann sein, wen die grössere Glaubwürdigkeit gebührt.

Wiederholt hat die Bundesregierung versichert, sie habe nicht die Absicht, A- und H-Bomben in eigener Regie herzustellen. Die Glaubwürdigkeit dieser oftmals in feierlichem Rahmen gegebenen Versicherung wurde seinerzeit schon durch die Weigerung der Regierungskoalition schwer erschüttert, die Verwendung der Atomenergie für ausschliesslich friedliche Zwecke im Grundgesetz zu verankern. Nach dieser an wilhelminische Zeiten erinnernden Erklärung des Bundesverteidigungsministers weiss nun die deutsche Öffentlichkeit, was sie von den Beteuerungen der Bundesregierung zu halten hat. Hier wird ein frevelhaftes Spiel mit der Zukunft und Existenz unseres Volkes und des Friedens getrieben und dies zu einer Stunde, in der sich der Bundeskanzler unter dem Druck der öffentlichen Meinung wieder einmal bemüht, als Apostel der Entspannungspolitik in Erscheinung zu treten. Wäre Adenauer aufrichtig gewillt, selbst einen Beitrag zur Entspannung zu leisten, dann müsste er auf die vorgesehene Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen verzichten und einen Minister entlassen, der sich immer mehr zum Sinnbild deutsch-nationalen Grössenwahns entwickelt. Das wird Adenauer natürlich nicht tun, denn Strauss beschreitet nur konsequent den Weg, den ihm die Politik seines Regierungschefs geöffnet hat. Dieses Interview, in dem sich der wahre Strauss offenbart, wird eine ähnliche unheimliche Bedeutung erlangen, wie jenes Wilhelm-Interview vom Jahre 1907 im "Daily Telegraph", das nicht wenig zur Schaffung eines Klimas beitrug, in dem sich der erste Weltkrieg entzündete.

Nachspiel zum Warschauer Aufstand

zu.- In einem kleinen Beleidigungsprozess wird das grosse Grauen des Warschauer Aufstandes in Spätsommer des Jahres 1944 noch einmal vor uns aufstehen. Der frühere SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, Reinefarth, hat den Freiburger Rechtsphilosophen Prof. Thieme wegen Beleidigung verklagt. Thieme hatte in einem Leserbrief an ein deutsches Nachrichtenmagazin erklärt, Reinefarth, der heute Bürgermeister des schönen Nordseebades Westerland ist, sei an den Verbrechen anlässlich des Warschauer Aufstandes beteiligt gewesen. Reinefarth bestreitet das und hat den Klageweg beschritten. Die Staatsanwaltschaften in Freiburg, Hamburg und Hannover sind mit der Prozessvorbereitung beschäftigt.

Von diesem Prozesseausgang wird abhängen, ob der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein Dr. Benke (CDU), Reinefarth durch die Kommunalaufsicht seines Amtes entheben lassen muss. Er war auf einen Vorstoss der sozialdemokratischen Fraktion im Kieler Landtag Ende März nicht ohne weiteres dazu bereit. Dem Minister war vorgeschalten worden, dass man einen Mann nicht länger als Bürgermeister in seinem Amt belassen könne, gegen den ausserordentlich schwere Belastungen in der Öffentlichkeit erhoben worden sind.

Reinefarth wird beschuldigt, an dem Mord vieler tausender Menschen in Warschau beteiligt gewesen zu sein. Dem damaligen SS-Gruppenführer war die berüchtigte SS-Strüflingsbrigade Dirlwanger unterstellt, zu der auch die Polizeiaufteilung Posch und in die Waffen-SS eingegliederte sogenannte "Wlassow-Russen" gehörten. Dass Reinefarth der Befehlshaber dieser Einsatzgruppe war, hat der frühere SS-General vor dem Sach - Zelewski an Hand von Eintragungen in eine handschriftliche Kartenskizze bestätigt, die in Warschau vorliegt.

Die Gruppe Reinefarth wird jetzt für die damaligen Repressalien im Warschauer Wolski-Viertel verantwortlich gemacht, bei der tausende von Menschen grausam getötet worden sind, die zum grössten Teil nichts mit dem Aufstand gegen die deutschen Besatzungstruppen zu tun hatten. Dabei sollen durch die Gruppe Reinefarth mehrere hundert Kinder und Frauen in eine Kirche getrieben worden sein, die in Brand gesetzt wurde, als der Aufstand so gut wie zu Ende war.

Während des Beleidigungsprozesses wird voraussichtlich auch das Entnazifizierungsverfahren gegen Reinefarth zur Sprache kommen, in dem er seinerzeit überraschend völlig freigesprochen worden war. Durch die Aussagen von Sach-Zelewski soll Reinefarth weitgehend entlastet worden sein, aber dieser Mann ist andererseits auch ein von der polnischen Regierung heute noch anerkannter Kronzeuge und Sachverständiger, der nach Kriegsende für eine amerikanische kriegsgerichtliche Kommission über seine Erfahrungen mit dem "Bodenkrieg im Osten" arbeitete. Dieser Mann, der bereits 1946 in Nürnberg von polnischen Generalstaatsanwalt vernommen und 1947 in Warschau gegen den früheren SS-Sturmführer Sorge ausgesagt hat, war in Warschau Vorgesetzter von Reinefarth.

Reinefarth erklärt heute, dass ihm die Abteilung Dirlwanger nicht unterstellt war, obwohl bekannt ist, dass er dessen Ablösung seinerzeit durchgesetzt hat. Der frühere SS-Gruppenführer erklärt weiter, dass er Warschau am 3. Oktober, dem Tage der dortigen Kapitulation, verlassen habe, während die Kirche erst nachdem brannte. Hier wird also ein kleines Gericht klären müssen, wieso Reinefarth die Ablösung Dirlwangers durchsetzte, der ihm nicht unterstellt war und ob er nach aus Warschau von seiner Truppe floh, nachdem der Befehl zum Anstecken der Kirche, in der die Menschen eingepfercht waren, gegeben wurde.